

ZUSAMMEN GEHT MEHR



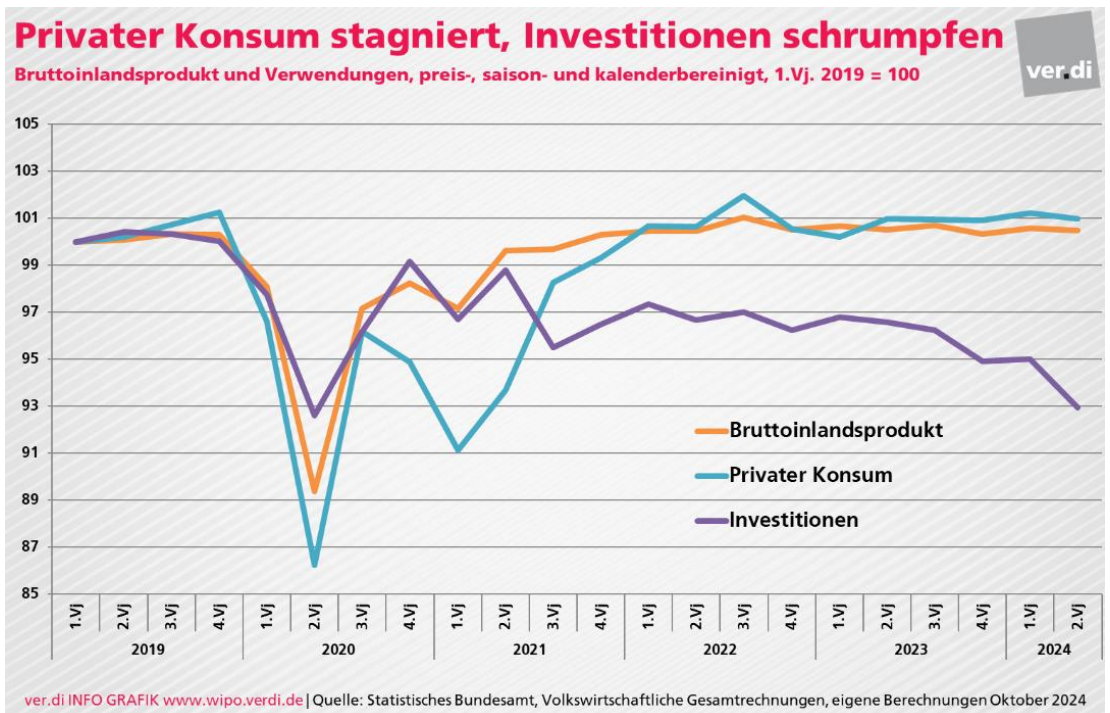
Wie wir mit steigenden Löhnen unsere Wirtschaft voranbringen!

Deutschlands Wirtschaft ist in eine Flaute gerutscht. Die extreme Export-Abhängigkeit unseres Landes trifft uns angesichts einer sinkenden Auslandsnachfrage ins Mark. Die Binnennachfrage haben Politik und Unternehmen über Jahrzehnte vernachlässigt. Und auch ungedeckte Arbeitskräfte-Bedarfe in vielen Berufen, zu lange Genehmigungsverfahren und eine marode Infrastruktur bremsen die wirtschaftliche Entwicklung sowie den klimafreundlichen Umbau unserer Gesellschaft.

Der öffentliche Dienst kann mit seinen 5,3 Millionen Beschäftigten einen großen Beitrag zur Lösung der genannten Probleme leisten. Er ist eine echte Bank, wenn es darum geht, die Binnennachfrage zu stärken. Schließlich geben die Beschäftigten einen großen Teil ihres Gehalts für Güter und Dienstleistungen aus, die in Deutschland produziert werden, die Beschäftigung und Einkommen schaffen: Sie kaufen zum Beispiel Autos, lassen sich die Haare schneiden oder konsumieren Lebensmittel. Was in ihre Taschen fließt,

kommt zu einem guten Teil unmittelbar der Wirtschaft zugute. Derzeit zeigen sich die Haushalte allerdings zurückhaltend.

Unsichere Zukunftsaussichten sind dafür ein Grund. Ein anderer sind die enormen Preissteigerungen der letzten zwei Jahre: So sind im Vergleich zum Jahr 2022 die Preise für Nahrungsmittel um ein Drittel, für Haushaltsenergie um die Hälfte angestiegen. Hier wieder Sicherheit zu geben und die Nachfrage der Privathaushalte anzukurbeln, wird nur über ordentliche und dauerhafte Steigerungen der Reallöhne möglich sein. Denn wenn die Beschäftigten mit höheren Löhnen rechnen, so bangen sie weniger um den Wochen-Einkauf und ihre finanzielle Zukunft.



Das stärkt die Wirtschaft und schafft Wachstum. Übrigens auch, weil Unternehmen immer dann und nur dann mehr investieren, wenn sie höhere Umsätze erwarten. Schon in den vergangenen Jahren war es vor allem der private Konsum, der die deutsche Wirtschaft stützte. Da vom Exportgeschäft absehbar kaum Impulse zu erwarten sind, ist es umso wichtiger, diesen Trend fortzuschreiben. Der öffentliche Dienst muss dabei als gutes Vorbild für andere Branchen vorangehen!

Satte Lohnsteigerungen im öffentlichen Dienst tragen zudem dazu bei, für die vielerorts unbesetzten Stellen in den Verwaltungen und öffentlichen Betrieben endlich wieder Arbeitskräfte zu finden. Auch davon profitiert unsere Wirtschaft: Es verkürzt Genehmigungsverfahren, wenn Bau- und Naturschutzämter wieder voll besetzt sind. Fördergelder etwa für den Klimaschutz können schneller fließen.

Ein Schub für die Konjunktur sorgt zudem für Steuereinnahmen der öffentlichen Hand, die wiederum in Investitionen fließen können. Unbegründet ist hingegen die Sorge, dass steigende Löhne dem Wirtschaftsstandort Deutschland schaden könnten. Denn noch immer erzielt die hiesige Wirtschaft enorme Exportüberschüsse, 2023 satte 224 Milliarden Euro. Das Ausland kauft also für deutlich mehr Geld Waren bei uns ein, als wir dies umgekehrt im Ausland tun. Von mangelnder Wettbewerbsfähigkeit wegen zu hoher Lohnkosten kann angesichts dessen nicht die Rede sein.

Beitrittserklärung
Änderungsmitteilung

Vertragsdaten

Mitgliedsnummer



Titel Vorname

Name

Straße Hausnummer

Land/PLZ Wohnort

Telefon

E-Mail

Ich möchte Mitglied werden ab 0 1 2 0

Geburtsdatum

Geschlecht weiblich männlich divers

Beschäftigungsdaten

Angestellte*r Beamt*innen erwerbslos
 Arbeiter*in Selbstständige*r

Vollzeit Teilzeit Anzahl Wochenstunden:

Auszubildende*r/Volontär*in/Referendar*in Praktikant*in
 Schüler*in/Student*in (ohne Arbeitseinkommen)
 Dual Studierende*r Sonstiges

bis

Branche

ausgeübte Tätigkeit

monatlicher Bruttoverdienst €

Lohn-/ Gehaltsgruppe o. Besoldungsgruppe

Tätigkeits-/Berufsjahre o. Lebensaltersstufe

Ich wurde geworben durch:

Name Werber*in

Mitgliedsnummer

Ich bin/war beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale)

Straße Hausnummer

PLZ Beschäftigungsort

Monatsbeitrag €

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1% des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes, jedoch mindestens 2,50 Euro. Er wird monatlich zum Monatsende fällig.

Datenschutzhinweise
Ihre personenbezogenen Daten werden von der Gewerkschaft ver.di gemäß der europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und dem deutschen Datenschutzrecht (BDSG) für die Begründung und Verwaltung Ihrer Mitgliedschaft erhoben, verarbeitet und genutzt. Im Rahmen dieser Zweckbestimmungen werden Ihre Daten ausschließlich zur Erfüllung der gewerkschaftlichen Aufgaben an diesbezüglich besonders Beauftragte weitergegeben und genutzt. Eine Weitergabe an Dritte erfolgt nur mit Ihrer gesonderten Einwilligung. Die europäischen und deutschen Datenschutzrechte gelten in ihrer jeweils gültigen Fassung. Weitere Hinweise zum Datenschutz finden Sie unter <https://datenschutz.verdi.de>.

SEPA-Lastschriftmandat
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Gläubiger-Identifikationsnummer: DE61ZZZ00000101497
Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.
Ich ermächtige ver.di, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von ver.di auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen.

Titel/Vorname/ Name Kontoinhaber*in (nur wenn abweichend)

Straße und Hausnummer

PLZ/Ort

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zu ver.di / zeige Änderungen meiner Daten an¹⁾ und nehme die **Datenschutzhinweise** zur Kenntnis.

IBAN

Deutsche IBAN (22 Zeichen)

Ort, Datum und Unterschrift

¹⁾ nichtzutreffendes bitte streichen